

Europäische Unrechtsreform zur Abwehr von Asyl und Migration

Am 10. April 2024 ratifizierte das Europäische Parlament die sogenannte Migrations- und Asylcharta, und dieser Schritt erfolgte nach jahrelangen Verhandlungen und Streit zwischen den verschiedenen Fraktionen, die im Europäischen Parlament vertreten sind.

Im neuen System beginnen Asylverfahren in der Europäischen Union außerhalb der Grenzen des Blocks. Wer in seinem ursprünglichen Land als „sicher“ gilt, wird dorthin zurückgeschickt, ohne die Gründe für die Flucht zu berücksichtigen.

Diejenigen, deren direkte Abschiebung nicht gleich möglich ist, werden in Abschiebehaftanstalten untergebracht, wo sie auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten, nachdem sie nach Eignung für einen europäischen Aufenthalt sowie nach Staatsangehörigkeit und ursprünglichem Wohnsitz aussortiert wurden.

Die neue Flüchtlingscharta legt drei Hauptdeterminanten fest: Inhaftierung, Abschiebung und Asylbeschränkung. Wobei darauf hingewiesen wird, dass jede der drei Determinanten angeblich rein politischer Natur sei. Die humanitären Dimensionen der Migration kommen erst an 2. Stelle bei den Plänen, Entscheidungen und Verfahren zur Bewältigung der „Flüchtlingskrise.“

Was vereinbart wurde, ist eine Untergrabung der Rechte von Schutzsuchenden.

Das unterzeichnete Abkommen ist eine historische Verschlechterung, da es zu mehr Todesfällen auf See führt und zu echten Gefahren, die das Leid von Flüchtlingen und Migranten vergrößern. Die Brüsseler Charta bietet keine humanen Rechte, da sie nur die Regelung von Asyl und Migration an den Außengrenzen der Europäischen Union betrifft und somit die Zahl der Inhaftierungen, einschließlich der Inhaftierung von Kindern und Frauen in gefängnisähnlichen Zentren erhöht und humanitäre Fälle nicht berücksichtigt. Was die Abgeordneten so beruhigt, ist die Verlagerung der Asylverantwortung auf Länder außerhalb der Europäischen Union, die Verhinderung von Einreisen und die Beschleunigung von Abschiebungen, wodurch Migranten schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt werden.

Das abgeschlossene Abkommen wird zu mehr Hintertürgeschäften führen und moralisch fragwürdige Geschäfte gerade mit den Ländern fördern, die die Migranten verlassen, um nach Europa zu gelangen, ohne zu beachten und zu erforschen, warum die Bürger dieser Länder zur Auswanderung gedrängt werden. Die Wege der illegalen Einwanderung werden so weitergehen, wie sie sind, aber auf manipulativere, betrügerischere und gefährlichere Weise als zuvor.

Wir von der Courage Society verurteilen dies.

Das Ziel dieser Gesetze ist, dass sie flüchtlingsfeindliche Gefühle in der Gesellschaft fördern und Fremdenfeindlichkeit Raum lassen. Das ist ein gefährlicher Angriff auf die Rechte von Einwanderern. Frauen sind von den Folgen dieser Maßnahmen noch stärker betroffen, weil sie darunter leiden. Sie tragen die Hauptlast und Verantwortung für das Überleben der Familie, der Kinder, auch in Krisen und Kriegen und auf der Flucht. Man kann sagen, dass die europäische politische Einigung zur Reform des Einwanderungs- und Asylsystems nichts anderes ist, als ein Instrument zur starken Einschränkung der Rechte von Migranten und Flüchtlingen.

Es kommt zu mehr militärischen Konflikten auf der ganzen Welt wie im Nahen Osten und in der afrikanischen Sahelzone, zusätzlich zu der steigenden Zahl von Menschen, die vor Klimakatastrophen fliehen müssen.

Nesren Hanan, Essen